

Frankfurt soll Anti-Geldwäschebehörde bekommen

Scholz kündigt Bewerbung an – Bankenunion und Kapitalmarktunion von „allergrößter Bedeutung“

Börsen-Zeitung, 10.9.2021
wf Berlin – Deutschland will die europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA (Anti Money Laundering Authority) nach Frankfurt holen. Bundesfinanzminister und SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz kündigte beim Bankengipfel des „Handelsblatts“ eine Bewerbung an und bestätigte damit Spekulationen. Dies werde helfen, den Standort weiter zu stärken, sagte Scholz in einem Videointerview.

Im Zuge der Bemühungen, nach dem Brexit den Finanzplatz Frankfurt bedeutender zu machen, setzte sich die Bundesregierung zudem dafür ein, Euroclear in Frankfurt anzusiedeln. Kritik an Berlin wegen fehlender Unterstützung für den Finanzstandort wies Scholz zurück. Gemessen am Rating Frankfurts im internationalen Finanzmarktvergleich sei in den vergangenen Jahren viel geschehen und der Standort gestärkt worden. „Und es wird auch weiter so gehen“, versprach er.

Als entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Bankensektors, aber auch für Europa als Region, stufte Scholz die Ban-

kenunion und die Kapitalmarktunion ein. Dies habe hohe Priorität für die Finanzpolitik. „Es ist ein zentrales Thema für die europäische Souveränität, dass wir den Banken möglich machen, Europa als Gesamtes in den Blick zu nehmen“, sagte er. „Das ist ökonomisch von allergrößter Bedeutung.“

Gerade Deutschland als starker Bankenstandort müsse dafür Sorge tragen, dass die mit der Bankenunion und der Kapitalmarktunion verbundenen Möglichkeiten auch genutzt würden. „Deshalb diskutieren wir sehr intensiv, sehr hart mit unseren europäischen Partnern darüber, wie wir das hinbekommen, dass jetzt endlich Bewegung in die Sache kommt.“

Scholz wandte sich dagegen, die Bankenunion auf die gemeinsame Haftung bei der Einlagensicherung zu reduzieren. Dazu gehöre noch viel mehr. Heute sei die Landschaft zersplittert. Banken müssten vor allem die Möglichkeit bekommen, Europa als „Scale“ zu entwickeln und als Ganzes in den Blick zu nehmen. So würden auch Unternehmen überlegen, sich etwa durch paneuropäi-

sche Bankenfusionen neu aufzustellen. „Unsere Aufgabe besteht darin, den Rahmen für eine erfolgreiche Finanzindustrie zu schaffen in ganz Europa“, sagte er. Die Fusion von Banken in Europa auch über Grenzen hinweg sei eine rein wirtschaftliche Entscheidung. Den mühsamen Fortschritt begründete er mit großen Vorbehalten in einzelnen EU-Ländern zur Vereinheitlichung des Regelwerks, etwa bei einem gemeinsamen Insolvenzregime, dem Umgang mit Staatsanleihen in Bankbilanzen und aufsichtsrechtlichen Themen.

Finanzmarktsteuer am Start

Überzeugt zeigte sich Scholz, dass die Einführung einer Finanztransaktionssteuer trotz jahrelanger vergeblicher Bemühungen doch noch gelingen werde. Die Steuer ist als eine der Quellen vorgesehen, aus der die gemeinschaftlichen in der Coronakrise aufgenommenen EU-Schulden später zurückgezahlt werden sollen. Die EU-Kommission werde bald einen Vorschlag zur Finanztransaktionssteuer vorgelegen, sagte Scholz.